

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt** Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Ersteinstellung am Freitag**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder so itziger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderung, Seilrichtungen — hat der Bezüge kein Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Pettzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 60 %. Aufschlag. — Bei zwangswieser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Gauswalde, Döhrn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. A. Hofmanns Erben (Inb. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 102

Dienstag, den 3. Mai 1927

79. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Aufwertungs- (Mietzins-)steuer

Die Aufwertungssteuer für Monat Mai wird am 5. dieses Monats fällig. Die Steuerpflichtigen werden aufgefordert, die fälligen Beträge zur Vermeidung zwangswieser Beitreibung alsbald an unser Stadtkassamt abzuführen.

Schriftliche Mahnung erfolgt nicht.

Vom Tage der Fälligkeit der Steuer ab entstehen Verzugszinsen in Höhe von 10 v. H. jährlich. Weiter weisen wir darauf hin,

- 1.) daß der Steuerfuß der Aufwertungssteuer von bisher 40 v. Hundert des Nutzungswerts mit Wirkung vom 1. April 1927 ab auf 45 v. Hundert des Nutzungswerts und mit Wirkung v. 1. Okt. 1927 ab auf 51 v. Hundert des Nutzungswerts erhöht worden ist;
- 2.) daß ein Steuerbescheid nicht erteilt wird, die Steuerschuldner vielmehr auf Grund des ihnen bekanntgegebenen Nutzungswerts ihrer Gebäude den monatlichen Steuerbetrag selbst zu berechnen und, auf voll 10 Reichspfennige nach unten abgerundet, an die Hebestelle abzuführen haben;
- 3.) daß die allgemeine Erhöhung des Steuerfußes um 5 v. H. des Nutzungswerts mit Wirkung vom 1. April 1927 ab und um weitere 6 v. H. des Nutzungswerts mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 ab auch die Steuerpflichtigen trifft, denen eine Ermäßigung der Steuer nach § 15 des Aufwertungssteuergesetzes bewilligt worden ist;
- 4.) daß sich der Steuerfuß für die Steuerpflichtigen, denen eine Ermäßigung der Steuer nach §§ 16 und 17 des Aufwertungssteuergesetzes bewilligt worden ist, weil ihr Grundstück am 1. Dezember 1918 nicht oder mit nicht mehr als 50 v. H. seines Friedenswertes belastet war, mit Wirkung vom 1. April 1927

ab nur um 2 v. Hundert des Nutzungswerts und mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 nur um weitere 2 vom Hundert des Nutzungswerts erhöht;

- 5.) daß sich die monatliche Mehrleistung an Steuer gegenüber dem Rechnungsjahre 1926 in den Fällen unter Ziffer 3 vom 1. April 1927 ab nach 5/1200 des Nutzungswerts und vom 1. Oktober 1927 ab nach 11/1200 des Nutzungswerts, in den Fällen unter Ziffer 4 vom 1. April 1927 nach 2/1200 des Nutzungswerts und vom 1. Oktober 1927 ab nach 4/1200 des Nutzungswerts berechnet.

Der Erhebungsbetrag der Steuer auf Monat April 1927 ist mit der Steuer für Monat Mai zu bezahlen.

Pulsnitz, am 2. Mai 1927,

Der Stadtrat.

### 6. öffentliche Stadtverordneten-Sitzung am Donnerstag, den 5. Mai 1927, abends 1/8 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses.

**Tagesordnung:** I. Kenntnisnahmen, II. Beratungen und Beschlusfassungen: 1. Besuch des Bundes der Kinderreichen um Gewährung einer Beihilfe zur Ausgestaltung des Muttertages. 2. Feststellung des städtischen Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1927. III. Evtl. Anfragen und Anträge. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Pulsnitz, den 2. Mai 1927.

Der Stadtverordnetenvorsteher  
Karl Zimmermann

## Das Wichtigste

Vier Minister gaben am Sonntag programmatische Erklärungen ab. In diesen Tagen wird die Entscheidung über Herabsetzung der Rheinlandbesatzung fallen.

Der englische Bergarbeiterführer Cool kündigte in einer Mailfeier Rede einen neuen englischen Generalstreik an.

Der Kreis Witten a. d. Ruhr ist von furchtbarem Hochwasser heimgesucht worden.

Der Jagdampfer „New York“ ist von seiner ersten Ausreise zurückgekehrt.

Aus Veningrad wird gemeldet, daß die Uberschwemmung weiterhin steigt. Das Wasser sei bereits sechs Fuß über normal gestiegen. Der Zoologische Garten stehe völlig unter Wasser. Ein Teil der Tiere konnte gerettet werden.

Gestern nachmittag ist ein Schulflugzeug der Raab-Kapfenstein-Werke, das ein Segelflugzeug, verbunden durch ein 100 Meter lang. Seil nach sich zog, von Karlsruhe nach Frankfurt a. M. geflogen. Eine freiwillige Zwischenlandung wurde in Darmstadt vorgenommen. Der Flug ist glatt von staten gegangen.

Bei einer Frühjahrsversteigerung in Leipzig wurde Dürers Abdruck der „Ulam“ und „Eva-Darstellung“ mit 20 000 RM ausgerufen und fiel bis 42 000 RM einem Amerikaner zu. Der Preis dürfte der höchste sei., der bisher für einen Stich Dürers bezahlt worden ist.

Wie aus Alger gemeldet wird, stürzte dort ein Postflugzeug kurz nach dem Aufstieg zum Flug nach Marseille ab. Der Führer ertrank, der Mechaniker konnte schwer verletzt geborgen werden.

Ein englisches Militärflugzeug stürzte bei einem Übungsfluge in der Gegend von Salisbury ab und wurde vollständig zerschmettert. Die beiden Insassen erlitten schwere Brandwunden.

## Was der österreichische Wahlkampf nicht erreichte.

Von unserem aus Wien zurückgekehrten Md. Mitarbeiter wird uns zu dem Ergebnis der österreichischen Wahlen folgendes geschrieben:

Etwa eine Woche ist seit den österreichischen Nationalratswahlen ins Land gegangen, eine Woche, in der eigentümlicherweise in den beiden Lagern der bürgerlichen und Sozialdemokraten eitel Freude und Siegestaumel herrschte. Nun sich die Gemüter etwas beruhigt haben und die begriffliche Erregung, in die der Wahlkampf das ganze Volk brachte, abgeklaut ist, betrachtet man das Ergebnis dieser Wahl doch wesentlich nüchterner und verständiger.

Als die ersten Wahlergebnisse bekannt wurden, schrie die Wiener sozialdemokratische Presse: „Sieg, Sieg!“ Die Anhänger der Einheitsliste (Christlich-Soziale und Großdeutsche) waren gleichfalls von ihrem erfolgreichen Abwehrkampf gegen den Marxismus freudig bewegt. Sieht man sich aber einmal das Ergebnis der Wahl genauer an, verfolgt man die Äußerungen der beiderseitigen Presse in der letzten Woche, so muß man feststellen, daß von der Siegesfreude im Grunde genommen nicht mehr allzu viel übrig geblieben ist. Gewiß, die Sozialdemokraten haben ihre Mandatszahl um 3 auf 71 erhöhen können, sie haben auch weiterhin in der Gemeinde Wien die unumschränkte Herrschaft behalten und werden sie auch in Zukunft ganz in ihrem Sinn auszunutzen wissen, aber auch die bürgerlichen Parteien haben im großen und ganzen

## Vor der Entscheidung über die Rheinlandräumung

Frankreich macht Schwierigkeiten

Der Kampf um die Beschränkung der Erwerbslosenfürsorgedauer — England und der Albanien-Konflikt

Seit etwa vierzehn Tagen beschäftigen sich die deutschen diplomatischen Vertreter in London, Paris und Brüssel in fortgesetzten Unterhaltungen mit den Außenministern Englands, Frankreichs und Belgiens mit der Frage der weiteren Herabsetzung der Besatzungstruppen in der zweiten und dritten rheinischen Zone. Unter dem normalen Maß der Besatzungstruppen hat man in den Vorverhandlungen auf beiden Seiten die Herabsetzung der Besatzungstruppen auf die Friedensstärke der deutschen Truppen in den heute besetzten Gebieten verstanden.

Im Augenblick beträgt aber die Zahl der Besatzungstruppen in der zweiten und dritten Zone noch etwa 150 Prozent der deutschen Friedensstärke. In Vorverhandlungen mit London und Brüssel ist die Frage der weiteren Herabsetzung der Besatzungstruppen einigermaßen geklärt. Die Verhandlungen mit Paris sind noch nicht soweit fortgeschritten. Man erwartet in diplomatischen Kreisen, daß

in diesen Tagen entscheidende Besprechungen in Paris stattfinden.

Während vor einigen Tagen in der Frage der Herabsetzung der Besatzungstruppen allgemein in diplomatischen Kreisen ein ziemlich starker Optimismus herrschte, hat man heute den Eindruck, daß Frankreich vielleicht bereit ist, abermals eine kleine Geste zu machen, daß aber noch immer nicht, auch mit neuen Zusagen der französischen Regierung das in London und in Brüssel für selbstverständlich gehaltene Maß der Herabsetzung der Besatzungstruppen auf die deutsche Friedensstärke erreicht werden wird.

### Der Kampf um die Beschränkung der Erwerbslosenfürsorgedauer.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich in seiner ersten Sitzung nach der Osterpause mit den Maßnahmen des Reichsarbeitsministeriums, die eine Beschränkung der Dauer der Erwerbslosenfürsorge und eine Einschränkung der Krisenfürsorge zum Ziele haben. Nachdem von sozialdemokratischer Seite hierüber Befürchtungen geäußert wurden, legte in ausführlicher Darstellung Reichsarbeitsminister Dr. Brauns die Gründe dar, die ihn zu diesen Maßnahmen bewegen haben. Die Beschränkung der Dauer der Erwerbslosenfürsorge für einzelne Berufsweige — ein allgemeiner Abbau der Erwerbslosenfürsorge sei nie beabsichtigt worden — sei erfolgt, nachdem sich der Arbeitsmarkt in diesen Berufsweigen über Erwarten gebessert habe und sich sogar in bestimmten Gebieten ein Mangel an geeigneten Arbeitskräften gezeigt habe.

Ihren alten Besitzstand erhalten können, und was die Christlich-Sozialen an Sitzen verloren haben, das ist zum größten Teil den Großdeutschen und Landbündlern zugute gekommen, so daß die bürgerliche Mehrheit mit insgesamt 94 Sitzen gegenüber 71 sozialdemokratischen erhalten geblieben ist. So

Der Vorschlag einer Einschränkung der Krisenfürsorge liegt gegenwärtig dem Reichsrat vor. Er ergebe sich aus der Besserung des Arbeitsmarktes und vor allem aus der Erfahrung einer oft vorkommenden unberechtigten Ausnutzung der Krisenfürsorge.

### Die Arbeitsfähigkeit sei aber die gefühlte Voraussetzung für den Bezug der Krisenfürsorge.

Auf eine demokratische Anfrage wurde durch die Reichsregierung festgestellt, daß die Verkürzung der Unterstützungsdauer, die das Reichsarbeitsministerium angeordnet hat, sich nicht auf die Angelegten-Berufe bezieht.

Nach längerer Aussprache wurde alsdann eine Entschließung der Regierungsparteien angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge lokale Abgrenzungen unterblieben.

### England und der Albanien-Konflikt — Unterhaus-Erklärungen Chamberlains

London, 3. Mai. Chamberlain gab am Montag nachmittag im Unterhaus eine längere Erklärung über die Haltung Englands im Albanien-Konflikt ab. Er betonte zunächst, daß er von der Absicht Italiens, einen Vertrag mit Albanien abzuschließen, erst am 1. Dezember vorigen Jahres, dem Vorabend der Unterzeichnung des Vertrages von Tirana, von der italienischen Regierung Kenntnis erhalten habe. Mit dem Abschluß des Vertrages, den Verhandlungen, die zu ihm geführt hätten, und mit der Anregung eines derartigen Vertrages habe England nicht das geringste zu tun gehabt. England habe überhaupt keine unmittelbaren Interessen am Balkan, aber es habe sein Bestes getan, um auf beiden Seiten die Verdachtsmomente zu beseitigen und um direkte Verhandlungen zwischen Belgrad und Rom zu ermöglichen. Bei allen diplomatischen Schritten im albanischen Konflikt in Rom und Belgrad habe Chamberlain in Kenntnis und mit Zustimmung der französischen und deutschen Regierung gehandelt. Eine Verhandlung im Völkerbund über den Vertrag komme erst in Frage, wenn alle Möglichkeiten zu direkten Verhandlungen erschöpft seien. Weitere Erklärungen hielt Chamberlain nicht für zweckmäßig, da sie nur geeignet sein könnten, die Aussichten der italienisch-südslawischen Verhandlungen zu beeinträchtigen.

hat sich gegen früher nicht allzuviel geändert, nur ist durch das Anwachsen der Sozialdemokraten und Landbündler bei der unsicheren Haltung der letzteren die Frage der Regierungsbildung erheblich schwieriger geworden.

Will man aber letzten Endes ein richtiges Bild über das